

**Antrag Gem. § 32 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter  
für die Sitzung des Ausschusses Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit  
des Beirates Walle, am 07.09.2023**

Der Fachausschuss möge beschließen:

Der Fachausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration dazu auf, sich im Rahmen der anstehenden Beratungen über den Doppelhaushalt 2024/25 aktiv dafür einzusetzen, dass die Arbeit und das Wirken von „Jetzt hier“ in der Bremer Überseestadt, welche durch „Kultur vor Ort e. V.“ verantwortet wird, auch in Zukunft die entsprechende finanzielle Absicherung für ein bedarfsgerechtes Angebot erhält.

Begründung:

Der Ortsteil Überseestadt ist ein urbanes Quartier im Bremer Stadtteil Walle, welches sich nach wie vor mitten im Entstehungsprozess befindet. Innerhalb des dort vorherrschenden Nutzungsmixes, bestehend u. a. aus Dienstleistungsunternehmen, Bürobetrieben, der Hafenwirtschaft und unterschiedlichen Gewerben, rückt zunehmend der Faktor Wohnen in den Vordergrund. Fragestellungen im Zusammenhang mit der Lebens- und Aufenthaltsqualität innerhalb der dortigen Nachbarschaft, dem sozialen Miteinander im Quartier, aber auch dem Vorhandensein von niedrigschwelligen kulturellen Angeboten, haben somit in der jüngeren Vergangenheit spürbar an Bedeutung gewonnen. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Arbeit von „Jetzt Hier“, mit seinem Projektbüro am Kommodore-Johnsen-Boulevard als Anlaufstelle, seit dessen Start enorm viel Zuspruch erfahren hat und nachweislich positive Impulse setzen konnte. Aus diesem Grund besteht auch von Seiten des Ausschusses Überseestadt ein großes Interesse daran, die Arbeit von „Jetzt Hier“ in Zukunft fortzuführen und auch perspektivisch nach Möglichkeit zu verstetigen sowie zu erweitern. Hierdurch könnte es beispielsweise gelingen, noch weitere Akteure in der Überseestadt zu vernetzen und gewinnbringend in die bereits etablierte Quartiersarbeit miteinzubinden.



CDU-Beiratsfraktion Walle

**Antrag gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter für die Sitzung  
des Ausschusses Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit  
des Beirates Walle, am 07.09.2023**

**Maßnahmen zur Steigerung des Lärmschutzes, der Entschleunigung sowie der  
Verkehrssicherheit auf dem Kommodore-Johnsen-Boulevard**

Der Fachausschuss möge beschließen:

Der Fachausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter um schriftliche Auskunft darüber, welche einzelnen Maßnahmen sie zur Steigerung des Lärmschutzes, der Entschleunigung sowie der Verkehrssicherheit auf dem Kommodore-Johnsen-Boulevard grundsätzlich wann zu realisieren gedenkt.

Daran anknüpfend erbittet der Ausschuss detaillierte Auskunft in Bezug auf die Ergebnisse und Implikationen

- a) einer Verkehrszählung, die gemäß Mitteilung des Senats (Drucksache 20/733 S) vorgesehen und laut Schreiben des ASV an das Ortsamt West, vom 15.12.22, zwischenzeitlich beauftragt wurde;
- b) der hieran anschließenden schalltechnischen Untersuchung des besagten Straßenraums.

**Begründung:**

Aus Sicht von vielen Anwohnerinnen und Anwohnern, die unmittelbar auf bzw. angrenzend am Kommodore-Johnsen-Boulevard in der Bremer Überseestadt leben, ist die dort vorherrschende Verkehrssituation mehr als unbefriedigend. Nicht nur an Wochenenden sowie in den Abend- und Nachtstunden sorgen Raser und sogenannte Autoposer nahezu unentwegt für Lärmbelästigungen und entsprechenden Verdross. Wer diese Situation noch nicht erlebt hat, konnte sich am Rande des großen Nachbarschaftspicknicks, am 26. August, davon überzeugen, dass dies Problem an besagter Stelle real existiert. Die Bürgerinnen und Bürger in der Überseestadt erwarten von der Bremer Politik daher auch zurecht konkrete Lösungsansätze und spürbare Verbesserungen.

Jan Klepatz und Fraktion der CDU



CDU-Beiratsfraktion Walle

**Antrag für die Sitzung des Ausschusses Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit  
des Beirates Walle, am 07.09.2023**

**Mehr Sicherheit und Sauberkeit für den Spielplatz im Überseepark: Jetzt ein  
Rauchverbot ausweisen!**

Der Fachausschuss möge beschließen:

Der Fachausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit fordert die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation dazu auf, in Abstimmung mit der WFB und gegebenenfalls weiteren Senatsressorts, für den Spielplatz im Überseepark ein allgemeines Rauchverbot zu veranlassen. Hierzu ist die bestehende Beschilderung („Kein Hundegassiplatz“) entsprechend zu ergänzen.

Begründung:

Der Überseepark, mit seinen ausgedehnten Grünflächen sowie Spiel- und Sportangeboten in der Bremer Überseestadt, erfreut sich überaus großer Beliebtheit bei Alt und Jung. Dieser positive Umstand bringt es unweigerlich mit sich, dass ein entsprechendes Aufkommen an Müll und Abfall vor Ort anfällt. Besonders in und auf den dortigen Sandspielflächen ist dies u. U. aber mehr als ein bloßes Entsorgungsproblem: So erkunden Kleinkinder ihre Umwelt mit allen Sinnen und nehmen im Zuge dessen auch Gegenstände, die ihr Interesse geweckt haben, gerne unbedarft in den Mund. Bei Zigarettenstummeln birgt dieses Vorgehen ein reales Gesundheitsrisiko für die Kleinen, welches es nach Möglichkeit zu minimieren gilt. Ein allgemeines Rauchverbot, wie es auf vielen anderen Spielplätzen der Stadt bereits gang und gäbe ist, sollte daher zukünftig auch für das besagte Areal im Überseepark gelten.

Jan Klepatz und Fraktion der CDU

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die LINKE und Bündnis 90 / die Grünen:**

Der Ausschuss Überseestadt möge beschließen:

Der neugestaltete Platz am Übergang zwischen Nordstraße und Hafenstraße soll zukünftig den Namen „**Anna und Carl Stiegler-Platz**“ tragen

### **Begründung:**

Vor dem zweiten Weltkrieg befand sich stadtauswärts, links von der Nordstraße das sogenannte rheinische Viertel, dessen Straßen nach rheinischen Städten benannt waren. Dieses Viertel wurde im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört und nicht wieder aufgebaut. An Stelle des neu entstandenen Platzes befand sich ungefähr die Mainzer Straße. Dort, in der Hausnummer 9, wohnte das Ehepaar Anna und Carl Stiegler.

Anna Stiegler, geboren 1881 trat bereits vor dem ersten Weltkrieg der SPD bei. Sie war Mitglied der verfassungsgebenden Bremischen Nationalversammlung und bis 1933 Parlamentarierin, zunächst für die USPD, dann für die SPD. Nach der erzwungenen (Selbst-)Auflösung der Bremischen Bürgerschaft organisierte sie Unterstützungsaktionen für verhaftete Genossen. 1935 wurde sie verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Sie überlebte die Haft, die daran anschließende Verschleppung in das Konzentrationslager Ravensbrück und den Todesmarsch nach Räumung des Lagers und kehrte 1945 nach Bremen zurück. 1946 gründete sie mit anderen Frauen den überparteilichen Bremer Frauenausschuss und wurde wieder Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Auch Carl Stiegler war Sozialdemokrat und wurde 1935 verhaftet. Er kam nach Ablauf der Haftstraße in das Konzentrationslager Sachsenhausen, später nach Bergen-Belsen. Dort wurde er ermordet.

Mit der Benennung dieses Platzes in unmittelbarer Nähe des letzten Wohnortes der Stieglers soll an mutigen Widerstand der beiden gegen das NS Regime gedacht werden, der von dieser Stelle im Bremer Westen organisiert wurde.

Bremen, 31.08.23

Thomas Bierstedt für die Fraktion Die LINKE

Brunhilde Wilhelm für die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen